

Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union

Ein Tagungsbericht

1. Einleitung

Im Rahmen ihres außenpolitischen Regierens exportiert die Europäische Union (EU) ihr Modell legitimen demokratischen Regierens in Drittstaaten und agiert dort als externer Demokratisierer. Theoretisch wird in der Integrationsforschung mit Hilfe einer Innen-Außen-Analogie davon ausgegangen, dass die EU eine Wertegemeinschaft darstellt und diese Werte auch nach außen vertritt. Im Zentrum dieser Identifikation der EU als Wertegemeinschaft stehen die nicht immer ganz klar gegeneinander abgegrenzten Begriffe Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und – seit dem Weißbuch der Europäischen Kommission (2001) – gutes Regieren (*good governance*). Diese Begriffe sind in den letzten Jahren zur Referenzgröße sowohl des internen als auch externen Regierens der EU geworden. Insofern spricht man hier mittlerweile von einem *democracy mainstreaming*, da die EU in ihren multi- und bilateralen Außenbeziehungen die oben genannten Werte einfordert. Dabei steht ihr ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung.

Die spannende Frage lautet dabei: Warum sind über den Befund des *democracy mainstreaming* hinaus starke Unterschiede in der Instrumentenwahl und vor allem in der Implementierung der gewählten Instrumente zu verzeichnen? Warum entscheidet sich die EU in einigen Fällen für eine Anwendung negativer Instrumente, wie etwa Sanktionen, Isolation, diplomatische Nichtanerkennung, Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen etc., während sie in anderen Fällen lediglich die Durchsetzung demokratischer Standards anmahnt und sich mit der Pflege eines politischen Dialogs begnügt? Warum wird teilweise eine harte politische Konditionalität der Zusammenarbeit vereinbart, in der Praxis aber nicht umgesetzt?

Diese Fragestellungen wurden bisher in der Wissenschaft vorrangig am jeweiligen Einzelfall untersucht.¹ Systematisch vergleichende Ergebnisse sucht man hier meist vergeblich.² Die Konferenz »The EU as an External Democracy Promoter: East and Central Europe (incl. former Soviet Union), the Mediterranean, Asia, Latin America, the Caribbean, Africa and Pacific (ACP) in Comparison« verfolgte demgegenüber den Ansatz, regionale Spezialisten und Integrationsforscher an einen

1 Siehe Gratius (2003), Schmidt (1999), Youngs (2001) und Gillespie/Youngs (2002).

2 Im positiven Sinne sei hier auf die systematisch vergleichenden Studien hingewiesen, die um das Projekt von Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier (2005a, 2005b) erschienen sind, sich jedoch ausschließlich auf die Beitrittskandidaten der Osterweiterung bzw. frühere Erweiterungsrounden beziehen – also auf eine Gruppe von Staaten, die hier explizit ausgeklammert wurde.

Tisch zu bekommen, um über die Einzelberichte hinweg allgemeine Erklärungen für die unterschiedliche Instrumentenwahl in der Demokratieförderung der EU zu diskutieren.³

Die beiden Organisatorinnen, Michèle Knodt und Annette Jünemann, schlugen einleitend drei zentrale Variablen zur Erklärung der Strategiewahl der Europäischen Union zur Demokratieförderung vor: erstens das Handlungspotenzial der EU, bei dem die macht-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der einzelnen Mitglieder gegenüber dem Zielland eine große Rolle im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems spielen; zweitens die Ressourcenrelation zwischen der EU und dem Drittstaat; und drittens die Resonanzstruktur des Drittstaats bzw. der dort relevanten Eliten. Die aus diesen Variablen entwickelten Thesen wurden in den vorgelegten Fallstudien aufgegriffen, die entweder die EU-Demokratisierungspolitik gegenüber einzelnen Ländern oder gegenüber spezifischen Regionen thematisierten. Die direkten Vergleichsmöglichkeiten während der Diskussionen führten zu einer Fülle von neuen Einsichten.

2. *Die Rolle der »interessierten Mitgliedsstaaten« in der Demokratisierungspolitik der EU*

In den meisten Beiträgen der Konferenz wurde die Rolle eines oder mehrerer »interessierter Mitgliedsstaaten« im Rahmen der Demokratisierungspolitik thematisiert. Da Demokratisierungsklauseln innerhalb bilateraler Verträge zwischen der EU und einem Drittstaat angewandt werden und sich dieser Bereich in der geteilten Kompetenz der EU und der Mitgliedsstaaten befindet, sind die bereits existierenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen des jeweiligen Landes mit der EU respektive ihren Mitgliedsstaaten von entscheidender Bedeutung. Dabei wurde von Jünemann und Knodt die folgende These aufgestellt: Je intensiver die bilateralen Beziehungen zwischen einem Drittstaat und zumindest einigen der EU-Mitgliedsstaaten sind, desto niedriger ist die Handlungskapazität der EU – d. h., umso eher wird auf die Anwendung bzw. Implementierung negativer Instrumente verzichtet.

Diese These, die in der Literatur zur EU-Demokratisierungspolitik im südlichen Mittelmeerraum als »Außenpolitisches Paradox« (Feliu 2004) eingeführt wurde, verblüfft zunächst, denn je enger die Beziehungen zwischen einem EU-Mitgliedsstaat und einem Drittstaat sind, umso größer sollten auch die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme der EU auf diesen Drittstaat sein. Entgegen dieser Annahme wird von den betreffenden EU-Mitgliedsstaaten jedoch – je nach nationaler Interessenlage – Zurückhaltung in der Anwendung der verfügbaren Instrumente geübt. Dies kann dazu führen, dass die Demokratisierungspolitik auf europäischer

3 Die Konferenz wurde am 18. und 19. November 2005 an der Technischen Universität Darmstadt durchgeführt. Die Veranstalterinnen bedanken sich bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem *Network of Excellence* CONNEX (»Connecting Excellence on European Governance«) sowie dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI) für die finanzielle und logistische Unterstützung bei der Durchführung der Tagung.

Ebene durch die nationalen macht-, sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Interessen einzelner EU-Mitgliedsstaaten neutralisiert wird. Geht es im europäischen Entscheidungsprozess beispielsweise um die Verhängung von Sanktionen gegenüber einem reformresistenten Drittstaat, muss mit einer Veto-Position besonders »interessierter« EU-Mitgliedsstaaten gerechnet werden. Siegmund Schmidt bestätigte in seiner Analyse der EU-Politik im Kongo diese These und verwies dabei auf die zweifelhafte Rolle der ehemaligen europäischen Kolonialmächte, wenn es um die Umsetzung demokratiefördernder Instrumente im Kongo geht. Auch Stefan Brüne kam in Bezug auf Äthiopien zu dem Ergebnis, dass es innerhalb der EU einige *lead nations* gibt, die die europäische Äthiopienpolitik dominieren und sie dabei ihrem nationalen, vorwiegend geopolitisch motivierten Interesse unterordnen. Susanne Grätius, die in Bezug auf Lateinamerika zu ähnlichen Befunden kam, ergänzte die These jedoch um eine weitere Variable, die in der Literatur bisher noch keine Beachtung fand, obwohl sie für die EU-Demokratisierungspolitik von zentraler Bedeutung sein kann: ein Regierungswechsel im »interessierten« EU-Mitgliedsstaat. So konnte Grätius in Bezug auf Kolumbien, Kuba und Venezuela zeigen, dass der letzte Regierungswechsel in Spanien zu Veränderungen in der Instrumenten- und Strategiewahl der EU in Südamerika und Kuba geführt hat. Spanien verfügt aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit über besonders enge Beziehungen zu den Staaten dieser Region und verfolgt dort gleichzeitig ein Bündel an nationalen Interessen, die sich mit dem Regierungswechsel jedoch verschoben haben.

3. *Symmetrische und asymmetrische Interdependenzen zwischen EU und Drittstaat*

Die Interdependenz zwischen der EU und einem Drittstaat kann symmetrisch oder aber stark asymmetrisch sein. Sie betrifft zwei Dimensionen, die in den Beiträgen der Konferenz zum Ausdruck kamen. Zum einen handelt es sich um die wirtschaftliche Potenz eines Drittstaates im Verhältnis zur EU. Die zweite Dimension besteht in den vorhandenen oder nicht vorhandenen Opportunitäten. Zu fragen ist also, ob die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem betreffenden Land symmetrisch oder asymmetrisch sind, und, wenn Letzteres der Fall ist, ob die Asymmetrie das Land oder die EU begünstigt. Darüber hinaus ist zu fragen, wie sich die Auswahl-situation für das betreffende Land darstellt: Hat es eine Alternative zur EU, beispielsweise durch die amerikanische Regionalpolitik?

Fallbeispiele zur Veranschaulichung dieser Zusammenhänge liefert die Kooperation mit Asien, wie Franco Algeri in seinem Vergleich der EU-Politik gegenüber China einerseits und Myanmar andererseits herausarbeitete. Aufgrund der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Chinas von der EU, die sogar in eine wirtschaftliche Überlegenheit umschlagen könnte, hat politische Konditionalität als negatives Instrument der Demokratieförderung weder Eingang in das Wirtschaftsabkommen mit China gefunden noch in den zwischen der EU und China etablierten politischen Dialog. Da die EU angesichts des symmetrischen wirtschaftspolitischen Macht-

verhältnisses keine Druckmittel gegenüber China habe, so Algeri, weiche sie zur Durchsetzung ihrer Werte auf alternative multilaterale Foren aus, wie etwa die Welthandelsorganisation (WTO) oder die Vereinten Nationen (UN). Im Gegensatz dazu kommen in Myanmar, das in einer extrem asymmetrischen Interdependenzbeziehung zur EU steht, fast alle negativen Instrumente der Demokratieförderung zum Einsatz, inklusive Wirtschaftssanktionen und politischer Isolation. Anhand der Beziehungen zwischen EU und Russland zeigte auch Katrin Bastian auf, dass symmetrische Interdependenzbeziehungen nur eine zurückhaltende Demokratisierungspolitik der EU erlauben. Sowohl das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen als auch die «Gemeinsame Strategie» gegenüber Russland und seine Einbindung in die technische Hilfe bei Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen über das Programm der *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States* (TACIS) zeigen, dass die Union gegenüber Russland nur sehr vorsichtig auf die Umsetzung demokratischer Reformen drängt. Damit unterscheidet sich die EU-Russlandpolitik deutlich von den Beziehungen der EU zu anderen osteuropäischen Partnern. Das bestätigte die zuvor von Knodt und Jünemann aufgestellte These: Je größer das wirtschaftliche Potenzial des Drittstaates in seiner Beziehung zur EU ist und je mehr alternative Kooperationsmöglichkeiten für diesen Staat bestehen, desto zurückhaltender agiert die EU im Gebrauch negativer Instrumente.

4. Primat der Sicherheitspolitik

Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit spielen in den institutionalisierten Beziehungen mit den direkten Nachbarn der EU eine hervorgehobene Rolle. In allen Verträgen und Abkommen findet sich nicht nur ein Bekenntnis zu diesen Werten, sondern auch die gesamte Palette an positiven und negativen Instrumenten, die der EU zur Umsetzung ihrer externen Demokratieförderung zur Verfügung stehen. Dies galt für die ehemaligen Beitrittskandidaten und es gilt für die Nochbeitrittskandidaten, für die südlichen Nachbarn im Mittelmeerraum und für die neuen Nachbarn in Osteuropa und im westlichen Balkan, wie die Vorträge der Konferenz deutlich machten. Hinter dem hier besonders prägnanten *democracy mainstreaming* steht, dass die EU negative Entwicklungen in ihrer direkten Nachbarschaft (Regionalkonflikte, Bürgerkriege, schwache oder zerfallende staatliche Strukturen usw.) als »weiche« Sicherheitsrisiken wahrnimmt, auf die sie – im Sinne von Ursachenbekämpfung – mit der Förderung von Demokratie reagiert. Mit dieser Politik versucht die EU, langfristig zur inneren und äußeren Stabilisierung der entsprechenden Länder beizutragen. Susan Stewart zeichnete in ihrem Beitrag zunächst einmal die Entwicklung der wichtigsten Instrumente nach und unterzog sie einer kritischen Analyse. Andere Referenten verdeutlichten, dass es in der Instrumentenwahl der EU einen entscheidenden Unterschied gäbe, nämlich die Beitrittsperspektive, die einigen Nachbarn gewährt werde und anderen nicht. Die Beitrittsperspektive habe sich bislang als effektivstes Instrument der Demokratisierungspolitik erwiesen und ist damit auch ein Instrument der regionalen Sicherheitspolitik. Vor diesem Hintergrund wies

Iris Kempe in ihrem Vortrag über die Europäische Nachbarschaftspolitik darauf hin, dass ohne eine Beitrittsperspektive vor allem die Ukraine Gefahr laufe, in ihrem bislang erfolgreichen Demokratisierungsprozess zurückgeworfen zu werden. Arkady Moshes kritisierte die Konzentration der Europäischen Union auf Stabilität und Sicherheit im Rahmen der Neuen Nachbarschaftspolitik, die zu wenig Rücksicht auf die Interessen der Drittländer nehme, u. a. indem sie den meisten von ihnen einen Beitritt zur EU strikt verwehre. Elena Baracani veranschaulichte die Bedeutung der Beitrittsperspektive als Instrument der Demokratisierungspolitik besonders anschaulich durch einen Vergleich der EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber Ländern mit und ohne Beitrittsperspektive (Türkei vs. Marokko). In der Diskussion war man sich einig, dass die EU in Folge ihrer erfolgreichen Beitrittspolitik in eine »Beitrittsfalle« geraten könne, wenn es ihr nicht gelingt, auch unterhalb der Schwelle des Beitritts attraktive Anreize zur politischen Reform in Drittstaaten zu schaffen.

Die These von Jünemann und Knodt, dass die sicherheitspolitische Relevanz eines Drittlandes die EU zu einer besonders aktiven Demokratieförderung motiviere, wurde – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen – von Gordon Crawford bestätigt. Ghana ist ein Land, in dem eine externe Einflussnahme auf den politischen Reformprozess auf positive Resonanz stoßen würde, da es hier nur mehr um die Konsolidierung eines relativ erfolgreichen Demokratisierungsprozesses geht. Da Ghana jedoch sicherheitspolitisch bedeutungslos für die EU ist, scheint auch das Interesse der EU am politischen Transformationsprozess in Ghana gering zu sein. Damit verspielt die EU eine Chance, mit relativ wenig Mitteleinsatz positive Erfolge zu erzielen, die durchaus das Potenzial haben könnten, positiv auf weitere afrikanische Staaten auszuwirken. Ganz anders stellt sich die Situation in Afghanistan dar. Die sicherheitspolitische Bedeutung dieses Landes, in dem sich Teile der gestürzten Taliban halten konnten und Al Quaida neue Strukturen aufzubauen beginnt, könnte größer nicht sein. Und trotzdem trifft die These von der sicherheitspolitisch motivierten proaktiven Demokratisierungspolitik im Falle Afghanistans nicht zu, wie Florian Kühn in seinem Referat nachweisen konnte. Aus seinem Beitrag, aber auch aus dem von Richard Youngs zu Palästina, ließe sich eine weitere These ableiten, derzufolge in Ländern, die sich entweder in akuten Konfliktsituationen befinden und/oder über keine funktionalen staatlichen Strukturen verfügen, Konfliktmanagement und *nation building* Vorrang vor der Demokratieförderung haben. Diese Prioritätensetzung mag zwangsläufig erscheinen, sie ist aber nicht ganz unproblematisch. In Palästina hat sie dazu geführt, so Youngs, dass der Korruption und einer unverantwortlichen Regierungspraxis der palästinensischen Autonomiebehörde seitens der EU Vorschub geleistet wurde.

5. *Stabilität vs. Demokratisierung*

Die langfristig stabilisierende Wirkung von Demokratisierungsprozessen ist unstrittig und begründet die besondere Bedeutung der Demokratieförderung im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik (siehe oben). Ebenso unstrittig ist jedoch die Erkennt-

nis der Transformationsforschung, dass der vorausgehende politische *Transformationsprozess* zumindest kurz- und mittelfristig destabilisierend wirken kann. Konkret bedeutet das, dass der politische Wandel beispielsweise in einem Drittstaat außer Kontrolle geraten könnte. Bürgerkriege, zerfallende Staatsstrukturen oder die Machtübernahme anti-demokratischer (und anti-europäischer) politischer Kräfte sind nur einige der möglichen Folgeszenarien. Der aus solchen Erwägungen resultierende Zielkonflikt wird als »Demokratisierungs-Stabilitätsdilemma« (Jünemann 2005) bezeichnet, wie Jünemann in ihrem Referat über die EU-Demokratisierungspolitik im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft erläuterte. Die EU versucht diesen Zielkonflikt zu lösen, indem sie sich in den Mittelmeertrittstaaten mit kleinen, staatlich kontrollierten Reformschritten zufrieden gibt, die die gegenwärtigen autoritären Systeme nicht ernsthaft infrage stellen. Somit wird vor allem im Mittelmeerraum die These von Jünemann und Knodt bestätigt: Je unsicherer ein Land ist, desto eher wird die EU sich auf positive politische Instrumente beschränken und alle Maßnahmen meiden, die die Stabilität des Drittstaates gefährden könnten.

Die Kooperation der EU mit der Zivilgesellschaft, so Jünemann, schließt die Antisystemopposition (egal ob demokratischer oder islamistischer Provenienz) weitgehend aus. Das wichtigste positive Instrument der EU ist ihre Förderung ökonomischer Liberalisierungsprozesse, von denen sie sich mittelfristig *spill over*-Effekte auf die politische Ebene erhofft. Im Ergebnis läuft die Strategie der EU darauf hinaus, dass sie die in der Euro-Mediterranen Partnerschaft institutionalisierten negativen Instrumente bewusst nicht zum Einsatz bringt. Die dabei entstehende Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit erklärt Jünemann mit einem konstruktivistischen Ansatz der außenpolitischen Rollentheorie: Die außenpolitische Rolle der EU als Wahrer von Demokratie und Menschenrechten gerate in Konflikt sowohl mit ihrer außenpolitischen Rolle als sicherheitspolitischer Akteur als auch mit der Rolle ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten als Wahrer des nationalen Interesses. Letzteres verweist einmal mehr auf die These vom »Außenpolitischen Paradox«, denn Frankreich, Spanien und Italien haben aufgrund ihrer geografischen Nähe ein besonderes Interesse, Destabilisierungstendenzen im Zuge überstürzter Reformschritte zu vermeiden. Sie tragen die Hauptverantwortung für eine Demokratie- und Menschenrechtspolitik der EU im südlichen Mittelmeerraum, die angesichts ihrer Zögerlichkeiten und Inkonsistenzen bei der Umsetzung diesen Namen kaum mehr verdient.

Anknüpfend an die Analyse der EU-Demokratisierungspolitik im südlichen Mittelmeerraum verweist Marc Schade-Poulsen auf die Bedeutung der Resonanzstrukturen in den jeweiligen Drittstaaten. Gerade im südlichen Mittelmeerraum gibt es Länder, wie etwa Syrien, die sich als absolut reformresistent erwiesen haben. Wenn es seitens der herrschenden Eliten nicht einmal ein Minimum an Reformbereitschaft gibt, sind der EU die Hände weitgehend gebunden. Als Zivilmacht, die militärische Interventionen zur Erzwingung eines Regimewechsels kategorisch ausschließt, hat die EU keine Instrumente, um ein Land zu politischen Reformen zu bewegen, das sich diesen dezidiert verweigert. Diese Beobachtung von Schade-Poulsen trifft gleichermaßen auf Myanmar und Kuba zu. Selbst wenn alle negativen Instrumente rückhaltlos zum Einsatz gebracht werden, ist in solchen Fällen kein Erfolg zu erwarten.

ten. Zur Bewältigung dieser Problematik zeigen sich supranationale wie nationale Akteure ratlos, sodass diesbezüglich nicht nur akuter Handlungs-, sondern auch akuter Forschungsbedarf konstatiert werden kann.

6. Der Einfluss der internationalen Umwelt

Eines der eindrucklichsten Beispiele für den Zusammenhang zwischen internationaler Umwelt und Instrumentenwahl ist die internationale Sicherheitssituation nach dem 11. September 2001, wie Jünemann mit Bezug auf die EU Politik im Mittelmeerraum feststellte (Jünemann 2004). Der sicherheitspolitische Paradigmenwechsel hat dazu geführt, dass der Sicherheit mittlerweile auch in Europa ein so hoher Stellenwert zugeschrieben wird, dass wichtige andere Politikziele diesem untergeordnet werden und sogar die Verletzung internationaler Regeln in Kauf genommen wird, so Knodt und Jünemann in ihren eingangs aufgestellten Thesen. Diese in der Literatur als *securitization* bezeichnete Entwicklung konnte Brüne am Beispiel Äthiopiens nachweisen. Seit dem 11. September profiliert Äthiopien sich als Partner des Westens im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, worauf die EU-Demokratisierungspolitik gegenüber diesem afrikanischen Land schlagartig zurückhaltender wurde. Seitdem besteht eine erhebliche Kluft zwischen dem normativen Anspruch der EU-Demokratisierungspolitik in Äthiopien und ihrer praktischen Umsetzung.

In mehreren Regionen konnte nachgewiesen werden, dass die sicherheitspolitischen Veränderungen im internationalen Umfeld sich besonders negativ auf die Kooperation der EU mit der Zivilgesellschaft auswirken. Vor dem Hintergrund, dass sowohl die Demokratie als auch das Prinzip des guten Regierens starke partizipative Elemente enthält, wurde der Aufbau und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher und damit gerade nicht-staatlicher Strukturen zu einem wichtigen Instrument europäischer Demokratisierungspolitik erhoben, das nicht zuletzt an die Erfahrungen mit dem Helsinki-Prozess anknüpfte. Im Laufe der 90er Jahre wurden zahlreiche Programme entwickelt, um unterschiedliche Segmente der Zivilgesellschaften zu erreichen, deren positive Wirkkraft Rainer Rothfuß an einem Fallbeispiel aus Lateinamerika erläuterte. Da die Strategie einer Demokratisierung von unten aber auch *destabilisierende* Effekte in den Drittstaaten zur Folge haben kann, wird die EU immer zögerlicher, wenn es um die Unterstützung ihrer zivilgesellschaftlichen Partner geht. Diese problematische Tendenz hat sich seit dem 11. September nochmals verstärkt, wie Beispiele vor allem aus dem südlichen Mittelmeerraum belegen. Eine Kooperation der EU mit autoritären Drittstaaten, die die Zivilgesellschaft zunehmend marginalisiert, stellt jedoch den normativen Anspruch der EU-Demokratisierungspolitik infrage und untergräbt die Glaubwürdigkeit der EU als international wirkende Wertegemeinschaft.

7. Fazit

Als Fazit dieser Tagung bleibt festzuhalten, dass kaum ein *policy*-Bereich der EU so inkohärent und facettenreich ist wie die externe Demokratisierungspolitik. Die entscheidende Frage in Bezug auf die Strategie der EU-Demokratieförderung lautete: Warum sind über den Befund des *democracy mainstreaming* hinaus starke Unterschiede in der Instrumentenwahl und vor allem auch in der Implementierung der gewählten Instrumente zu verzeichnen? Warum entscheidet sich die EU in einigen Fällen für eine Anwendung eher negativer Instrumente, wie etwa Sanktionen, Isolation etc., während sie in anderen Fällen lediglich demokratische Standards annahmt und sich mit der Pflege eines politischen Dialogs begnügt? Einige Erklärungsansätze für die aufgezeigten Inkohärenzen konnten durch die Tagungsbeiträge identifiziert und anhand unterschiedlicher Fallbeispiele auch verifiziert werden; andere bedürfen noch der Differenzierung. Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass die Tagung zahlreiche Ansatzpunkte für weiterführende Forschungen geboten hat, sowohl im Bereich der Theoriebildung als auch der Empirie. Dies war vor allem dem Versuch geschuldet, die stark fragmentierte wissenschaftliche *community* der Integrationsforscher und Regionalexperten an einen Tisch zu bekommen.

Der ebenfalls spannende Fragenkomplex der Wirkung externer Demokratieförderung in den Drittstaaten war explizit in der Anlage der Tagung ausgeklammert worden. Nichtsdestotrotz wurde dieses Thema immer wieder in den Vorträgen gestreift. Auch die Wirkung der Demokratieförderung der EU findet allgemein kaum systematische Beachtung. Ausnahme sind hier die bereits oben erwähnten Studien (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005a, 2005b), die sich jedoch ausschließlich auf die Beitrittskandidaten der Osterweiterung bzw. frühere Erweiterungsrounds beziehen. Dass diese Form der Beitrittskonditionalität die größte Wirkung in einem Drittstaat entfaltet ist evident, doch ist gerade die Wirkung bei Nichtbeitrittskandidaten interessant. Es stellen sich die Fragen: Wie und unter welchen Bedingungen werden durch die Demokratieförderung der EU die Interessen und das Verhalten der Regierungen und gesellschaftlichen Akteure in den Drittstaaten verändert? Welche endogenen Voraussetzungen sind erforderlich, damit die externe Einflussnahme der EU eine positive Wirkkraft entfalten kann? Welche Interdependenzen lassen sich zwischen exogenen und endogenen Faktoren identifizieren? Um einen entsprechenden Diskurs anzuregen, sollen die Tagungsergebnisse in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Tagungspapiere⁴

- Algieri, Franco* (Centrum für angewandte Politikforschung, München): Democracy Promotion of the EU in Myanmar/Burma and China.
- Baracani, Elena* (Università degli studi di Firenze): Preaccession and Neighbourhood: European Union Democratic Conditionality.
- Bastian, Katrin* (Humboldt-Universität, Berlin): EU-Russia: A Special Relationship.
- Brüne, Stefan* (Deutsches Überseeinstitut, Hamburg): Democracy Promotion of the EU: The Case of Ethiopia.
- Crawford, Gordon* (University of Leeds): Evaluating EU Democracy Promotion in Ghana.
- Gratius, Susanne* (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin/Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior, Madrid): EU-Latin America Relationship: The Examples of Columbia, Cuba, Venezuela.
- Jünemann, Annette* (Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg): Explaining the Incoherence of EU-Democracy Promotion in the Mediterranean: A Constructivist Approach that Draws on Role Theory.
- Kempe, Iris* (Centrum für angewandte Politikforschung, München): EU Democracy Promotion in Belarus, Ukraine, Moldavia.
- Knodt, Michèle/Jünemann, Annette* (Technische Universität Darmstadt/Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg): Conceptualizing the EU's Promotion of Democracy.
- Kühn, Florian P.* (Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg): EU Democratisation Policy in Afghanistan.
- Moshes, Arkady* (Finish Institute of International Affairs, Helsinki): The Role of the Promotion of Democracy in the New Neighbourhood Policy.
- Rothfuß, Rainer* (Universität Tübingen): European-Latin American City Networks: Building a Strategy from Below.
- Schade-Poulsen, Marc* (Euro-Mediterranean Human Rights Network, Copenhagen): EU Promotion of Human Rights in the Mediterranean – a Practitioner's View.
- Schmidt, Siegmund* (Universität Landau): Challenging Cases: EU Democracy Promotion in South Africa and the DR Congo.
- Stewart, Susan* (Universität Mannheim): The EU and Civil Society Promotion: The Western Balkan and the Baltics in Comparison.
- Youngs, Richard* (Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior, Madrid): The European Union as a Promoter of Democracy in a Conflict Ridden Sub-Region: The Case of the Middle East.

Literatur

- Feliu, Laura* 2004: A Two-Level-Game: Spain and the Promotion of Democracy and Human Rights in Morocco, in: Jünemann, Annette (Hrsg.): Euro-Mediterranean Relations after September 11: International, Regional and Domestic Dynamics, London, 1-20.
- Gillespie, Richard/Youngs, Richard* (Hrsg.) 2002: The European Union and Democracy Promotion: The Case of North Africa, London.
- Gratius, Susanne* 2003: Kuba unter Castro – Das Dilemma der dreifachen Blockade. Die kontraproduktive Politik der »Demokratieförderung« seitens der USA und der EU, Opladen.

4 Der Tagungsband wird voraussichtlich im Herbst 2006 bei Nomos erscheinen.

- Jünemann, Annette* 2004: Security Building in the Mediterranean after September 11, in: Jünemann, Annette (Hrsg.): Euro-Mediterranean Relations after September 11: International, Regional and Domestic Dynamics, London, 1-20.
- Jünemann, Annette* 2005: Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands? Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Harders, Cilja/Jünemann, Annette (Hrsg.): Zehn Jahre Euro-Mediterrane Partnerschaft. Bilanz und Perspektiven, Themenheft, Orient 46: 3, 360-379.
- Europäische Kommission* 2001: Europäisches Regieren – Ein Weißbuch (KOM 2001, 428 endgültig, Brüssel, 25.7.2001), in: http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2001/com2001_0428de01.pdf; 26.3.2006.
- Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich* (Hrsg.) 2005a: The Europeanization of Central and Eastern Europe, Ithaca, NY.
- Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich* (Hrsg.) 2005b: The Politics of European Union Enlargement: Theoretical Approaches, London.
- Schmidt, Sigmar* 1999: Die Demokratie- und Menschenrechtsförderung der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung Afrikas (Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung 28, Forschungsstelle Dritte Welt), in: http://www.forschungsstelle-dritte-welt.de/Dokumente/AP/AP_28_Schmidt.pdf; 26.3.2006.
- Youngs, Richard* 2001: Assessing Democracy Promotion: The Case of European Union Strategy (Centre for European Policy Studies, Working Paper 167), Brüssel.